

Differenzen und Divergenzen

Die schwierigen Beziehungen zwischen PS und SPD

Gérard Foussier*

» **Sozialdemokratie oder Sozialismus? Die Frage ist in Frankreich wie in Deutschland aktuell. Nach der Niederlage der französischen Sozialisten bei den letzten Präsidentschaftswahlen von Mai 2007 und nach dem Einzug der Linken in die Landtage der alten Bundesländer wird in beiden Ländern über die Zukunft des linken Spektrums heftig diskutiert.**

Am 11. Januar 2008 hielt der Literaturnobelpreistr ger Günter Grass eine Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. Für ihn gibt es nur eine Alternative zur kapitalistischen Ideologie: Den Demokratischen Sozialismus. Außerdem lieferte er eine Definition: *„Ein Sozialdemokrat ist jemand, der nicht an seine Leistungen, sondern an seine Resolutionen glaubt.“* Grass erinnerte daran, dass sich seine Hinwendung zur Politik als Schriftsteller während eines längeren Aufenthaltes in Frankreich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre vorbereitete. Nun wurde seine Rede vor den SPD-Abgeordneten nicht nur in der *Zeit* veröffentlicht, sondern auch in *Le Monde*. Der Vergleich zwischen beiden Publikationen beginnt bei den Überschriften: *„Werdet laut und deutlich!“* empfiehlt Günter Grass den deutschen Lesern in der Wochenzeitung, auf Französisch machte die Pariser Abendzeitung schlichte *„Ratschläge an die Sozialisten“* (*„Conseils aux socialistes“*) daraus.

Blick nach links?

Haben sich die deutschen Sozialdemokraten den Grass-Beitrag zu Herzen genommen? Laut ist es in der Tat geworden, seitdem der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in Hessen eine Wahl der Spitzenkandidatin mit Unterstützung der Linken zunächst nicht mehr ausgeschlossen hat, was zum Teil einer

der Gründe war, warum die SPD dann in Hamburg weit unter den Prognosen und in der Opposition geblieben ist. Auch bei der Frage, wer nächstes Jahr Bundespräsident werden könnte, haben die Sozialdemokraten eine eigene Bewerberin ins Rennen geschickt, die *„laut und deutlich“* angekündigt hat, sie wolle alle Stimmen um ihren Namen sammeln, auch die der Linken. Zwar parierte der SPD-Vorsitzende sofort, indem er jedwede Zusammenarbeit mit den Linken auf Bundesebene ausschloss, vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2009. Nicht wenige Parteifreunde finden das Versprechen aber inzwischen etwas zu laut und vor allem nicht deutlich genug.

Was heißt schon „libéral“?

Wenn auch schwer vergleichbar, befinden sich die französischen Sozialisten in einer ähnlichen Situation wie die deutsche SPD. Aus eigener Kraft können sie nicht an die Macht und müssen mit anderen Formationen enger zusammenarbeiten. Mit dem neuen Zentrum *MoDem* von François Bayrou schien es während des Wahlkampfes von 2007 eine gewisse Annäherung gegeben zu haben. Bayrou aber hat es den Sozialisten nicht gerade einfach gemacht, so dass bei den anschließenden Parlamentswahlen jeder für sich gekämpft hat – wohl

* Gérard Foussier, Journalist, ist Präsident des *Bureau International de Liaison et de Documentation*.

zum Nachteil des *MoDem*, das „zu laut und undeutlich“ zwischen links und rechts philosophierte. Wie auch in Deutschland richten einige Sozialisten ihren Blick auf das linke Spektrum. Anders aber als bei der Linken von Oskar Lafontaine und Gregor Gysi sind die politischen Parteien links vom *Parti socialiste* (PS), nun zur *quantité négligeable* geworden. Darin eine Mehrheit zu erkennen, bleibt unrealistisch. In der Auseinandersetzung um die Parteiführung bräuchten die unzähligen Kandidaten das, was *Le Monde* in der Überschrift des Grass-Beitrages „*Ratschläge an die Sozialisten*“ genannt hat. Die erfolglose Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal scheint aber jeden guten Rat zu überhören und pocht auf eigene Vorstellungen, die nicht immer den offiziellen Positionen der Partei entsprechen. Nicht weniger „laut und deutlich“ als sie ist der Bürgermeister von Paris, Bertrand Delanoë, der allein durch den Titel seines letzten Buches („*Socialiste et libéral*“) eine Debatte provoziert hat, die von deutschen Beobachtern erst verstanden werden kann, wenn beide Wörter richtig ins Deutsche übersetzt werden. „*Socialiste*“ ist nicht unbedingt mit dem Sozialismus – wie ihn die Linken in Deutschland buchstabieren – gleichzusetzen. Und auch unter „*libéral*“ ist schnell eine Verwechslung zwischen dem freiheitlichen Gedanken und dem Neoliberalismus der Globalisierung möglich.

Neue Definitionen

Etwa 15 Monate nach der Wahl (in Frankreich) und etwa 15 Monate vor der Wahl (in Deutschland) suchen PS und SPD nach neuen Definitionen, nach neuen Konstellationen, nach einem neuen Elan. Bei allen Versuchen und Versuchungen, zusammen linke Mehrheiten zu bilden, bleibt in beiden Ländern der Trend zur Mitte der einzig gangbare Weg, um mittelfristig mehr als nur die zweitgrößte Partei des Landes zu sein. Ähnlich wie in Deutschland, wo die Parteiführung in der Wählergunst nicht ganz unumstritten ist, suchen die französischen Sozialisten nach der geeigneten

Persönlichkeit, die die Partei endlich zum Erfolg führen kann.

Hier hört der Vergleich auf. Denn die Beziehungen zwischen PS und SPD, zwischen (französischem) Sozialismus und (deutscher) Sozialdemokratie, sind besonders komplex. Schon in den 1970er Jahren sorgten unterschiedliche ideologische Ansätze für Störungen zwischen den Linken. Dies beschreibt Christelle Flandre in einem ausführlichen Buch, das in der Reihe „*Des poings et des roses*“ (Fäuste und Rosen) des Verlags L'Harmattan erschienen ist.** Die Autorin erhielt 2005 den Preis der Fondation Jean-Jaurès (die sich für die Veröffentlichung einsetzte). Das hochaktuelle Thema ist somit nicht im Kontext der politischen Aktualität entstanden, doch enthält der Band höchst nützliche Erklärungen, um Fusionen und Konfusionen, Differenzen und Divergenzen, Visionen und Divisionen zwischen PS und SPD zu verstehen.

Dabei geht es um zwei unterschiedliche Vorstellungen von Sozialismus, um zwei Ansätze, deren Aktualität ins Auge springt zu einem Zeitpunkt, da so manche Politiker des französischen PS, dem großen Wahlverlierer von 2007, den sozialdemokratischen Weg anpreisen und da die SPD auf der Linken von einer neuen Partei, die sich „Die Linke“ nennt und eine eher sozialistische als sozialdemokratische Formation ist, bedrängt wird. Selten befanden sich die beiden Parteien im Gleichklang, denn der sozialistische Präsident François Mitterrand verstand sich besser mit einem konservativen Kanzler und die SPD-Kanzler von Willy Brandt bis Gerhard Schröder haben sich mit Amtsinhabern im Elysée, die dem rechten Lager entstammten, stets gut verständigen können.

Als Ausgangspunkt dienen zwei Daten: 1959, als die SPD in Bad Godesberg jeglichen Bezug auf den Marxismus aufgab, und 1971 als sich die französischen Sozialisten in Epinay/Seine auf der Basis eines gemeinsamen Programms mit der kommunistischen Partei zusammenschlossen. Damit tat sich ein wahrer ideologischer Graben auf, den die nur kurze, 17 Monate währende Gleichzeitigkeit

** Die nachfolgende Rezension wurde übersetzt von Dr. Erika Mursa.

keit im Amt von François Mitterrand in Paris und Helmut Schmidt in Bonn ab 1981 nicht zuzuschütten vermochte.

Ganz zu Beginn der 1970er Jahre, schreibt die Autorin, kann man ohne zu übertreiben behaupten, dass „der PS gegenüber der SPD im schlimmsten Fall Ablehnung und Wut, im besten Fall eine für die Beziehung zwischen den beiden Parteien ebenso schädliche Gleichgültigkeit empfindet“. Es ist dies ein brudermörderisches Verhalten, das an die Stelle der traditionellen internationalen sozialistischen Solidarität tritt. 1974, zu einem Zeitpunkt, da der aggressive Diskurs gegenüber der SPD eher in der Kommunistischen Partei als im PS vorherrscht, führt der Amtsantritt von Bundeskanzler Helmut Schmidt mit seinem Sparkurs, „der im Kontrast zur Vorgängerregierung Willy Brandts steht“, der in Paris als „Kanzler der Versöhnung“ galt, zu einer generellen Kritik seitens des PS. Die SPD an der Macht und der anhaltende Aufstieg des PS bei den verschiedenen Wahlen führen zu einer Konkurrenz zwischen beiden Parteien: Die Deutschen wenden sich ihren traditionellen Verbündeten zu und versuchen, ihren Einfluss in der Dritten Welt auszudehnen; die Franzosen interessieren sich für Südeuropa. „Man muss hierin den Zusammenstoß von zwei Modellen sehen“, merkt Christelle Flandre an. Die Krise erreicht 1976 ihren Höhepunkt, als der PS laut und deutlich die von der SPD verabschiedeten Berufsverbote anprangert. Der „Ausschuss für die Verteidigung der Bürger- und Berufsrechte in der BRD“, der vom PS ins Leben gerufen wurde, verärgert die deutschen Sozialdemokraten, die sich der direkten Konfrontation mit den Terrordrohungen der RAF ausgesetzt sehen, während manche französischen Sozialisten „diese Leute zu bewundern scheinen, die gegen die Kapitalisten und für die Revolution zu den Waffen greifen“.

Der letzte Teil der Untersuchung berichtet über das Hin und Her zwischen 1977 und 1981,

mit einer schüchternen Annäherung von PS und SPD, wobei beide tatsächlich Seite an Seite einerschreiten, bevor sie entgegengesetzte Richtungen einschlagen, sich dabei aber gegenseitig Respekt und Anerkennung versichern. Ein Beispiel: Während der PS zu den Atlantikern tendiert, gibt sich die SPD der amerikanischen Politik gegenüber zunehmend kritisch.

Die französischen Sozialisten gelangen 1981 an die Macht, zu einer Zeit, da sich die deutschen Sozialdemokraten in Schwierigkeiten befinden und im darauf folgenden Jahr die Macht verlieren sollten. François Mitterrand, der sich für 14 Jahre im Elysée einrichtet, sollte bald den Christdemokraten Helmut Kohl als Gesprächspartner haben, der sich für 16 Jahre im Kanzleramt in Bonn niederlässt.

Die nicht zu leugnende Annäherung zwischen beiden Parteien kennt zahlreiche Grenzen und ebenso viele enttäuschte Hoffnungen. Wer unbedingt PS und SPD in ihrer heutigen Verfassung vergleichen will, kommt nicht umhin, die Schwierigkeit der SPD als Juniorpartnerin in einer Großen Koalition und die der Sozialistischen Partei als kraftlose Opposition in der Pariser Nationalversammlung zu unterstreichen. Sowohl in Frank-

reich als auch in Deutschland fehlt eine geschlossene Strategie. Manche vermissen in Frankreich klare Standpunkte zu den Reformen des Präsidenten. Ségolène Royal hatte beispielsweise eine zweite Volksabstimmung zum europäischen Verfassungsvertrag versprochen. Letztendlich haben sich die Sozialisten am 4. Februar 2008 der Stimme enthalten, als Nationalversammlung und Senat aufgerufen wurden, den modifizierten Vertrag zu ratifizieren. Weder Ja noch Nein – nicht gerade laut und wirklich nicht deutlich ...

Christelle Flandre, Socialisme ou social-démocratie? Regards croisés français allemands 1971–1981, L'Harmattan, Paris 2006, 274 S.

